# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Anzeigenpreise:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,46 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 188 × Freitag, 12. August 1932 40. Jahrgang


# Hindenburg hält am Präsidialkabinett fest

**Das Urteil des Haager Schiedshofs im Memelstreit — Das Zentrum ergreift in Preußen die Initiative**

## Die Zukunft des Werkes von Weimar

Man hatte überall in Deutschland der diesjährigen Verfassungsfeier und vor allem der Rede des jetzigen Reichsinnenministers mit größter Spannung entgegengesehen. Wer die Berichte über den Verlauf der Verfassungsfeier genau liest, dem wird deutlich, wie groß der Umschwung seit dem Jahre 1919, dem Geburtstag der deutschen Reichsverfassung, ist. Aeußerlich hat sich der offizielle Festakt im Reichstag allerdings kaum von dem früherer Jahre unterschieden. Aber dennoch spürt man den Wechsel der Zeiten. Die nationalsozialistischen, die sozialdemokratischen und die deutschnationalen Abgeordneten waren der Feier ferngeblieben. Eine außerordentlich wirkungsvolle Illustration zu dem Hinweis in der Festrede des Reichsinnenministers, unser Volk habe sich noch nicht zu einem alle Teile einigenden nationalen Feiertag zusammenfinden können.

Deutsche Festreden an hohen Feiertagen sind selten etwas besonders Erhebendes. Sie pflegen weder kurzweilig noch besonders inhaltsreich zu sein. Von der Rede des Reichsinnenministers wird das auch der Gegner der politischen und weltanschaulichen Einstellung des Freiherrn v. Gayl unter keinen Umständen sagen können. Allerdings: der Geist war ein andrer als der Geist so mancher Verfassungsgeburtstagsrede in den letzten Jahren. Es war ein Geist scharfer Kritik an der Weimarer Verfassung, die sich nach der Meinung des Ministers als außerordentlich reformbedürftig erweist. Trotz dieser scharfen, dabei aber stets sachlich und vornehm bleibenden Kritik betonte der Reichsinnenminister dennoch mit großer Schärfe, daß die Verfassung von Weimar der einzige Grund ist, auf dem „alle unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Stellung stehen müssen, die den deutschen Staat überhaupt bejahen". Bewußt ausgeschlossen soll nach Meinung des Ministers nur der sein, der den deutschen nationalen Staat grundsätzlich leugnet und bekämpft. Aber wer sich auf seinen Boden stellt, der muß auch auf den Boden der Verfassung treten. „Denn wir haben", wie es in der Rede Gayls wörtlich heißt, „keinen andern Grund, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können."

In diesem Sinne wird sich wohl die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zur Verfassung von Weimar bekennen. Auf diesem Grund und Boden wird man auch über die Reformvorschläge des Freiherrn v. Gayl diskutieren können, die zum Teil in früheren Jahren schon im Lager der jetzigen Opposition erhoben worden sind, die ferner zum Teil auch an dieser Stelle in den „Dresdner Neuesten Nachrichten" mehr als einmal vorgetragen wurden.

In großen Umrissen kannte man schon das Verfassungsreformprogramm der Reichsregierung. Gayl präzisierte es noch einmal. Es umfaßt: Aenderung des Wahlrechts (durch Abschaffung der Listenwahl und vor allem auch durch Ausschluß der juristisch noch Unmündigen von der Ausübung des Wahlrechts), Schaffung eines Oberhauses und schließlich Personalunion zwischen Reich und Preußen. Das sind die drei Grundpfeiler, auf denen die jetzige Reichsregierung das neue Gebäude Deutschlands errichten will.

Viele werden einzelne Gedankengänge aus der Rede des Reichsinnenministers ablehnen. Im ganzen war sie doch eine Rede von hohem Niveau, die Rede eines Mannes, der etwas zu sagen hat, der hart mit den Problemen ringt und dem es um Deutschland und nicht um irgendwelche Parteiinteressen geht.

**Th. Sch.**

## Was wird, wenn die Verhandlungen scheitern?

**Erneute Auflösung des Reichstags? — Noch keinerlei Klärung der Lage**

B. Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht)

Heute vormittag wird von autoritativer Seite nochmals mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident absolut an der Linie festhält, von der aus er das jetzige Kabinett berufen hat: das heißt, einer von den Parteien und vom Parlament unabhängigen Regierung. Das ist der leitende Gesichtspunkt, unter dem die kommenden Verhandlungen geführt werden. Nachdem gestern für die Deutschnationalen Geheimrat Hugenberg vom Kanzler empfangen wurde, werden heute nachmittag die Zentrumsvertreter Bolz und Joos vom Kanzler um ihre Meinung befragt werden. Eine Besprechung Papens mit Hitler ist, wie wir hören, noch nicht verabredet. Es wird aber angenommen, daß sie morgen stattfindet. Ebenso liegt der Termin eines eventuellen Empfangs Hitlers bei Hindenburg noch nicht fest.

Sollten die Verhandlungen mit Hitler ergebnislos verlaufen und in etwaigen neuen Verhandlungen eine andre Basis der Verständigung mit den Nationalsozialisten nicht gefunden werden, so würde das Kabinett Papen in seiner jetzigen Gestalt vor den Reichstag gehen und dann wahrscheinlich durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden. Das Kabinett würde dann als geschäftsführende Regierung weiter amtieren und zu einem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt die erneute Auflösung des Reichstages verfügen. Daß eine solche Lösung große Gefahren für die weitere innenpolitische Entwicklung in sich birgt, braucht nicht betont zu werden.

## Verfassungsfeier im Reichstag

**Der Reichsinnenminister fordert Reform der Verfassung von Weimar**

VDZ. Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht)

Unter starker Beteiligung fand am Donnerstagmittag um 12 Uhr im Plenarsitzungssaale des Reichstags die Verfassungsfeier der Reichsregierung statt.

**Pünktlich um 12 Uhr betrat Reichspräsident v. Hindenburg den Sitzungssaal.**

Die Teilnehmer erhoben sich ihm zu Ehren. Wegen Verhinderung des Reichstagspräsidenten Löbe wurde der Reichspräsident diesmal vom Vizepräsidenten v. Kardorff geleitet. Zur Rechten des Reichspräsidenten hatte Reichswehrminister v. Schleicher Platz genommen. Auch die Ländervertreter wohnten der Feier bei. Zuerst spielte das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung von Professor Julius Prüwer die „Egmont"-Ouvertüre von Beethoven.

### Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl

nahm dann das Wort zur Festrede, in der er u. a. sagte: Für große Feste, freundliche Rück- und Ausblicke ist in unserm Zeitalter wenig Raum. Durch alle Feste, die unser Volk in mannigfaltiger Form noch feiert, klingt ehern die Stimme der Not. In diesen Zeiten hat sich unser Volk noch nicht zu einem alle Teile einigenden nationalen Feiertag zusammenfinden können. Alle Versuche, den Verfassungstag zu einem gemeinsamen volkstümlichen Feiertag zu gestalten, sind bisher fehlgeschlagen. Hier sind nicht Ort und Stunde, um diese Frage zu vertiefen. Es genügt, offen zu bekennen, daß es so ist und daß

**die Verfassung die Geister nicht einigt, sondern trennt.**

Dennoch hat die Reichsregierung sich entschlossen, den Verfassungstag amtlich zu begehen. Wir geben uns dabei nicht der Hoffnung hin, diesen Tag zu einem Festtag für unser Volk machen zu können. Wir sehen auch in dem 11. August keinen Feiertag, der unter allen Umständen begangen werden muß, weil es bisher so Brauch war, oder weil auch andre Völker einen ähnlichen Gedenktag feiern und wir ihnen das nachmachen wollen. Wir wehren uns auch gegen große rauschende Feste, die dem Ernst unsrer Lage und unsrer Armut nicht entsprechen würden, aber wir wollen diesen Tag, an dem unser Volk sich die heute geltende Form seines staatlichen Lebens gab und der, wie man immer zur Weimarer Verfassung stehen mag, ein geschichtlicher Gedenktag ist und bleibt, bewußt dazu benutzen, um in würdiger Umrahmung durch klassische deutsche Kunst zu unserm Volke zu sprechen.

**Wir wollen keine Feierstunde, sondern eine Stunde stiller Einkehr heute halten**

inmitten der Unrast unsrer Tage. Wir wollen uns auf das besinnen, was uns not tut, was wir tun müssen, wenn wir als Volk leben wollen.

**Es ist nicht richtig, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation ist.**

Im Ringen der Völker um ihr Dasein sind letzten Endes und entscheidend die unwägbaren Kräfte eines Volkes ausschlaggebend. Von ihrem Durchbruch durch die materiellen Sorgen des Tages zu machtvoller Betätigung hängt die Zukunft ab, der wir entgegengehen. Diese unwägbaren seelischen Kräfte sind an keine Form und Verfassungsurkunde gebunden. Sie sind ein Ausfluß höheren göttlichen Wirkens, das über dem Schicksal der Nation steht, und sie ruhen tief in dem Herzen der einzelnen Volksgenossen.

**Wir stehen wieder an einer Wende unsres Schicksals.**

Jahrzehnte liegen hinter uns, in denen bei uns Deutschen das eigene Ich im Vordergrunde des Handelns und Denkens stand. Mit dem Ich des einzelnen eng verbunden wurde die eigene Gesellschaftsklasse und ihre Herrschaftsbestrebungen stark betont. Nach dem Zusammenbruch schienen die seelischen Werte unsres Volkes unrettbar dem Schicksal dauernder Verschüttung anheimzufallen, aber die starken Kräfte, die einst das Erleben des Weltkrieges freigemacht hatten, waren nicht tot. Lebendig brachen sie in den verschiedensten Formen und auf vielerlei Wegen aufs neue hervor. In allen Schichten unsres Volkes regte sich neues Hoffen, Wollen und Handeln. Tiefer als bisher empfanden viele ihre Verantwortung gegen das Volk. Immer lebendiger wurde der Wille zum Dienen an der Gesamtheit unter Hintansetzung des eigenen Ichs und seines Wohlbefindens. Immer stärker wurde die Sehnsucht nach einem neuen, freien, sich selbst bestimmenden Deutschland. Je stärker diese ethischen Regungen in einem Teile unsres Volkes lebendig wurden, desto heftiger wurde der Widerstand derer, die sich in ihren bisherigen Lebensanschauungen bedroht fühlten.

**So ist unser Volk in unsern Tagen in zwei Lager gespalten,**

zwischen denen ein erbitterter Kampf um die Macht im Staate tobt. Das Lager nennt das andre Volksverderber und Staatsfeind und bekennt sich zu dem Streitruf: „Wer nicht für mich ist, ist wider den Staat."

So sollten die Dinge nicht sein. Was in unserm Volke heute ausgefochten wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut, auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise des Gegenteils als einen ehrlichen Volksgenossen zu betrachten. Bewußt ausgeschlossen sei damit jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet und bekämpft. Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen, wie man will:

**sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen.**

Auf diesem Grunde müssen wir uns finden und handeln, und wir haben keinen andern, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können.

**Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre.**

Rückblickend auf die dreizehn Jahre dieses Bestehens unsrer Verfassung, müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist. Es ist zwar nicht Schuld der Verfassung allein, daß sich in Deutschland im Rahmen ihrer parlamentarisch-demokratischen Grundsätze eine Herrschaft der politischen Parteien entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr verschmolzen, die ein Kommen und Gehen der Regierungen mit sich brachte, die eine stetige auf den Wiederaufbau gerichtete Regierungsarbeit hemmte und nahezu unmöglich machte. Die Zustände aber, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird, desto besser ist es für uns. Die Reform hat auszugehen von einer

**Aenderung des Wahlrechtes.**

Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen. Es versteht ferner nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten. Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt: an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen dem Gesamtwohl schädliche parlamentarische Beschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen ausgleichen vermag. Was geschah und nicht geschah, ist in Deutschland in der Regel gedeckt gewesen durch die unpersönliche Verantwortung, die von der Mehrheit verantwortlicher und unverantwortlicher Körperschaften übernommen wurde. An dieser Tatsache ändert die verfassungsmäßige Verantwortung der Regierung vor dem Reichstag wenig oder nichts. Es fehlt trotzdem an der persönlichen Verantwortung leitender Männer. Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äußeren und inneren Not leidet, bedarf

**einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr als bisher befreiten,**

aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer

**Ersten Kammer**

einen Helfer haben muß. Eine Aenderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht zu umgehen. Schließlich ist noch des inneren Umbaues des Reiches zu gedenken. Die Erfahrungen seit dem 11. August 1919 haben zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß im Reich und Preußen von verschiedenartig zusammengesetzten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten getrieben werden kann.

**Das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen**

muß daher im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden umgestaltet werden. Das braucht keine Minderung der Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen. Die Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würde sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Reiches ausgehen würde. Dem Reich, als der die deutschen Länder und Stämme umfassenden staatlichen Einheit, muß das gegeben werden, was es als deutscher Gesamtstaat zur Führung seines staatlichen Lebens braucht. Alles andre solle den Ländern und Stämmen verbleiben. Ueber die Einzelheiten dieser Umgestaltung unsrer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Wesentlich bleibt, daß wir außer dem Willen zur Reform auch die Kraft aufbringen, um sie trotz aller Schwierigkeiten durchzuführen. Diese Kraft gewinnen wir nur, wenn wir von der Verantwortung vor unserm Gott und vor unserm Volk tief durchdrungen sind, die uns zwingt, das zu tun, was wir als richtig erkannt haben, und wenn wir dabei nicht nach Parteivorteilen und Nachteilen handeln, sondern nach dem Wort Bismarcks:

**„Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden"**

Je tiefer in Unehre, je schwerer in Not, je größer die Gefahr für Staat und Volk, desto selbstloser, opferfreudiger und tapferer sei unser Dienen an unserm Volk und Staat. Das möge die Losung sein, die von dieser Gedenkstunde heute ausgehe in alle deutschen Lande. (Lebhafter Beifall.)

Das Orchester intoniert hierauf einen Satz der Sinfonie Nr. 4 in E-Moll von Johannes Brahms. Hierauf ergriff das Wort

### Reichskanzler v. Papen

Er sagte u. a.: Der Wert eines großen Gesetzgebungswerkes bestätigt sich erst im Wandel der Zeiten. Was für den Augenblick geschaffen wurde, vergeht. Was über dem Ablauf der Jahre hinweg für eine ganze Epoche lebendig ist, erweist seine Stärke auch unter völlig veränderten Zeitumständen. Das gilt auch von dem Verfassungswerk von Weimar.

**Das Deutschland von 1932 ist in Vielem und Entscheidendem ein andres als das von 1919.**

Die starken nationalen Kräfte, die jetzt zum Durchbruch gekommen sind, lagen damals im Verborgenen verschüttet, unter den Trümmern eines furchtbaren Zusammenbruchs. Der Notwendigkeit, die Grundlage deutschen Lebens nach der Ueberlieferung unsres Volkstums und einer stolzen Geschichte und doch einem jungen, geprüften Geschlecht angemessen zu erneuern, konnten die Gestalter unsrer Verfassung vor dreizehn Jahren — als die Nation sich nach einem heroischen Kampfe, ohnegleichen in der Geschichte, in einem Zu-